„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochsausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Verfassungsfrage im Wahlkampf

Der Zusammenbruch des canadischen Parlamentes hat blitzlichtartig eine Situation beleuchtet, welche auf die Dauer unhaltbar ist und das Vertrauen in den demokratischen Charakter dieses Landes schwerstens erschüttern muß. Mit anderen Worten: die Verfassungsfrage ist in den Mittelpunkt des beginnenden Wahlkampfes getreten. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein, um Gültigkeit oder Ungültigkeit der staatspolitischen Grundlage der Dominion.

Die Konstitution Canadas ist, soweit das parlamentarische Regime in Frage kommt, nach britischem Muster aufgebaut. Der König von England ist Repräsentant seines Volkes und Landes. Seine Vollmachten sind auf ein Mindestmaß beschränkt. In Wirklichkeit regieren das Parlament und die von seinem Vertrauen getragenen Minister. Genießen diese Minister nicht mehr das Vertrauen des britischen Unterhauses, ist ihre Stellung unhaltbar geworden, so bleibt nur noch ein Weg: Auflösung des Parlamentes und Neuwahlen. Jedenfalls hat darin nicht der König, sondern der Premierminister der gestürzten Regierung das letzte Wort zu sprechen.

Wie ist die Lage in Canada? Der liberale Premier King erkannte, daß sein Kabinett die Debatte über die Zolluntersuchung nicht überleben werde. Die parlamentarische Situation wurde immer verworrener. Der einzige Ausweg aus dem Labyrinth war ein sofortiger Appell an das Volk. Demgemäß schlug er dem Generalgouverneur die Auflösung des Parlamentes vor, während Premier King bis nach Ende der Wahl mit einer verfassungsmäßigen Regierung die Geschäfte des Landes hätte fortführen können. Das wäre gewiß das einzig logische Vorgehen gewesen, wenn nicht der Generalgouverneur sich eine größere Machtvollkommenheit als sein Herr und Meister, der König von England, zugeschrieben und zugetraut hätte.

Die Folge davon ist die Aufwerfung der Frage, wer eigentlich in Canada regiert, die vom Volke gewählten Vertreter und die auf konstitutioneller Grundlage beruhende Regierung oder der Generalgouverneur von Englands Gnaden, der von unterirdischen Einflüssen gelenkt wird, ganz gleich, ob diese von London oder aus unverantwortlichen Kreisen in Canada selbst kommen. Henri Bourassa wird sogar noch deutlicher, indem er in seinem Blatte „Le Devoir" offen erklärt, es handle sich um die Entscheidung über Diktatur oder Demokratie! Und an anderer Stelle fragt er: „Ist Lord Byng das Opfer der Fehler des Herrn Meighen oder ist Herr Meighen das Instrument des Vertreters des (britischen) Kolonialministers geworden?" Ueberdies zieht Bourassa noch Vergleiche zwischen Meighen und Cromwell, dem englischen Usurpator, und Robespierre, dem „Helden" der französischen Revolution. Man mag das als eine Uebertreibung ansehen. Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß durch das Verhalten des Generalgouverneurs ein ungesunder Zustand geschaffen wurde, der einer gründlichen Abhilfe bedarf.

Die Wähler, ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit, werden diesen Punkt besonders im Auge behalten müssen, wenn sie eine Wiederholung der Wirren der letzten Wochen vermieden wissen wollen. Canadas Ansehen hat ohne Zweifel einen schweren Stoß erlitten.

Deutschbalten kämpfen gegen Enteignung

Dem Völkerbundsekretariat ist eine deutschbaltische Eingabe aus Estland übergeben worden, in der zur Agrarreform in Estland Stellung genommen wird. In dieser Eingabe wird in längeren Ausführungen die Geschichte der Agrarentwicklung in Estland seit dem Bestehen des estländischen Freistaates dargelegt und auf die Ungerechtigkeiten gegen das deutschbaltische Volkstum und die enteigneten deutschen Großgrundbesitzer hingewiesen.

Die Eingabe ersucht die Liga, die Sache dem Haager Internationalen Schiedsgericht zu übergeben, das die folgenden Fragen beantworten soll:

1. Haben die enteigneten Gutsbesitzer ein Recht auf die volle Entschädigung für die enteigneten Ländereien?

2. Haben die enteigneten Gutsbesitzer ein Recht auf ihre Bodenständigkeit?

3. Haben sie das Recht, die Rückgabe der Objekte, die mit der Bodenreform in keiner direkten Verbindung stehen, wie Wälder, Gewässer usw. zu verlangen?

Nach dem estländischen Agrargesetz wurde nicht nur der Wald und der gesamte Grund und Boden, sondern auch das ganze lebende und tote Inventar und sämtliche Wohngebäude enteignet, so daß die Besitzer des enteigneten Landes tatsächlich von ihrem Eigentum vollständig vertrieben wurden. Da 90 Prozent der enteigneten Rittergüter Deutschen gehörten, so sei das estländische Agrargesetz als eine direkte Maßregel gegen das estländische Deutschtum anzusehen, heißt es in der Eingabe. Es wird darauf verwiesen, daß einer der Führer der Arbeiterpartei vor der Annahme des Agrargesetzes im Landtag erklärte: „Wenn man ein Tier schlachten will, so bricht man ihm das Rückgrat. Wir wollen dem baltischen Deutschtum das Rückgrat brechen, indem wir das Agrargesetz annehmen."

Es wurden im ganzen 5,600,000 Acker Ländereien enteignet. Dieser Besitz hatte nach Abzug der Schulden einen Wert von rund 55 Millionen Dollar. Das Entschädigungsgesetz sieht eine Gesamtentschädigung von zwei Millionen Dollar vor, doch diese Summe wird nicht in bar, sondern in Staatspapieren bezahlt, die etwa 2½ Prozent Zinsen jährlich tragen, einschließlich der Tilgung. Gnädig berechnet sind diese Papiere nur 25 Prozent des Nennwertes wert. Die nominelle Entschädigung beträgt etwa 40 Cents für den Acker, die tatsächliche Entschädigung kaum 10 Cents.

Die Deutschbalten betonen, daß es sich bei der Eingabe um keinen staatsfeindlichen Schritt handle, sondern daß sie den Völkerbund angerufen haben, um in dieser Streitfrage ein objektives Urteil zu fällen, nachdem sie alle innerpolitischen Mittel erschöpft hatten.

Weltumschau

Deutschland.

Die Krise, die sich aus der ernsten parlamentarischen Lage zu entwickeln drohte, ist durch Eingreifen des Reichspräsidenten verhütet worden. Die Regierung hat ihre Kompromiß-Vorlage betreffend die Fürstenabfindung zurückgezogen und der Reichstag gab hierauf mit großer Mehrheit seine Einwilligung, daß das Sondergesetz, das der Prozeßführung der früheren Herrscher Einhalt gebietet, bis zum 1. Januar 1927 in Wirksamkeit bleiben soll. Die vom Kabinett bereits gerlant gewesene Resignation, die vielleicht die Auflösung des Reichstages zur Folge gehabt hätte, wurde durch Vermittlung des Reichspräsidenten abgewendet, der in einem dem Reichskanzler übermittelten Schreiben erklärte, daß aus inner- und außenpolitischen Gründen der Rücktritt des Kabinetts und die Auflösung des Reichstages zur Zeit unangebracht wären. Die Forderung der Sozialisten nach Auflösung des Reichstages hatte bei keiner andern Partei Anklang gefunden und in politischen Kreisen herrscht über die Beilegung der Krise volle Zufriedenheit. Von der Berliner Presse wird vorgeschlagen, auf den demokratischen Antrag zurückzugreifen, der die einzelnen staatlichen Regierungen ermächtigen würde, durch direkte Unterhandlungen mit den anfruchsberechtigten früheren Fürsten die Abfindungsfrage auf außergerichtlichem Wege zu lösen. Es heißt, daß die Sozialisten jetzt geneigt wären, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Dr. Otto Wiedfeldt, 55 Jahre alt, der vormalige deutsche Botschafter bei den Ver. Staaten und Generaldirektor der Krupp-Werke, ist gestorben. Seit der Rückkehr aus den Ver. Staaten im Januar 1925 hatte er sich der Reorganisation der Krupp-Werke gewidmet. In den letzten Monaten weilte Wiedfeldt zur Wiederherstellung seiner Gesundheit mehrere Monate in der Schweiz. Wiedfeldt legte im März 1922 seine Stellung im Krupp-Direktorium nieder, um den Botschafterposten in Washington zu übernehmen. Es hieß, er habe dies ungern und nur auf Bitten von Außenminister Rathenau getan, der im Juni 1922 ermordet wurde. Nach dem Tode von Wilson im Februar 1924 ereignete sich ein Vorfall, der Wiedfeldt vielen Tadel zuzog und vermutlich zu seiner Abberufung beitrug. Wiedfeldt ließ die Fahne auf der deutschen Botschaft in Washington nicht auf Halbmast hissen. Drei Tage später zog eine empörte Menge nach der Botschaft und nagelte eine amerikanische Fahne an die Stange. Im Namen der Botschaft wurde erklärt, Wiedfeldt sei vom auswärtigen Amt zu seiner Haltung angewiesen worden, weil Wilson zur Zeit seines Todes ein Privatmann war. Das auswärtige Amt nahm jedoch den Standpunkt ein, daß es im Ermessen des Botschafters gelegen habe, die Fahne herabzuziehen oder nicht.

31 Todesfälle und Eigentumsschaden von insgesamt $3,000,000 sind die Folge der am verletzten Sonntag erlebten Stürme und Ueberschwemmungen in Deutschland. 13 Personen kamen ums Leben und 50 wurden verletzt, als eine in der Nähe der Hauptstadt gelegene Galerie bei Wolterstorf zusammenstürzte. Vier Personen ertranken hier, als ihre Boote sich überschlugen. Ein Motorschiff sank an der deutschen Küste des Bodensees und sechs Personen fanden dabei ihren Tod. Fünf Personen, welche bei Sericberg mit Rettungsarbeiten bei der Ueberschwemmung beschäftigt waren, ertranken dort, und drei Bauern in der Nähe von Ebersmyr, die sich über die Vernichtung ihrer Ernte durch die Ueberschwemmung grämten, verübten Selbstmord. Die Hauptreisenhochwasser bei Magdeburg und Halle wurden unterwaschen. Wolkenbrüche, welche sich in den Gebirgen ereigneten, unterbrachen die Verkehrsverbindungen in vielen Teilen Schlesiens und isolierten die bekanntesten Kurorte. Nur das Fachwerkholz blieb an vielen Häusern in der Stadt Gruesdorf übrig, wo die Steine und Erdmassen von dem Wasserstrom ins Tal geschwemmt wurden.

Deutschösterreich.

Ein Erdbeben erschütterte die Steiermark und verursachte schweren Schaden in der Ortschaft Mürzzuschlag in der Nähe des Semmering. Wiederholte Stöße jagten der Bevölkerung Angst ein. Lebensverlust kam aber nicht vor. Rathaus, Schule, Brauerei und Gerichtsgebäude sind stark beschädigt. Kaum ein Haus in dem Ort blieb unversehrt. Berichte aus Oberösterreich melden andauernden Flutschaden, mit einigem Lebensverlust. Mehrere Flüsse traten über ihre Ufer, viele Brücken und Landstraßen sind zerstört, weite Gebiete von Ackerland mit Wasser bedeckt. In Urfahr und einem andern Dorf nahe Linz ertranken verschiedene Personen. Ein junges Mädchen ertrank, während sie Erdarbeiten von 5000 Mark aus ihrer Wohnung zu holen suchte. In Passau sind viele Häuser zerstört.

Frankreich.

Das von Finanzminister Caillaux zum Studium der Finanzreformprojekte eingesetzte Sonderkomitee hat die sofortige Ratifikation des mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Schuldentilgungsabkommens empfohlen. Das Komitee, welches die Aufgabe hat, Pläne auszuarbeiten, die geeignet sein sollen, Frankreich aus der jetzigen chaotischen Finanzlage herauszubringen, hält die Maßnahmen für unerläßlich notwendig, um der jetzigen, immer unerträglich werdenden Lage ein Ende zu bereiten; nämlich

1. die Stabilisierung der Währung;

2. Aufnahme ausländischer Anleihen bis zu 200 Millionen Dollar und Inanspruchnahme von Krediten;

3. Sofortige Ratifikation des Washingtoner Schuldentilgungsabkommens und Unterhandlungen mit England über die Fundierung der Kriegsschulden.

Die wirtschaftliche Lage verschlimmert sich zusehends. Der Brotpreis ist in Paris auf 2½ Franc für einen Kilogramm und in einigen Provinzen noch höher gestiegen. Brot ist eines der Hauptnahrungsmittel der französischen Bevölkerung. Ein Arbeiter verzehrt ungefähr 1 Kilogramm Brot im Tage und eine fünfköpfige Familie gibt täglich wenigstens zehn Francs für Brot allein aus. Die Fleischpreise sind auch bedeutend in die Höhe gegangen und große Massen der Bevölkerung sind nicht länger imstande, Fleisch zu kaufen. Man befürchtet, daß bei weiterer Entwertung des Franken die Preise in die Höhe schnellen werden, wodurch unter einem großen Teil des Volkes eine Hungersnot zum Ausbruch kommen könnte. Anzeichen von zunehmender Unzufriedenheit sind auch bei den schlecht bezahlten unteren Klassen der Regierungsangestellten bemerkbar.

Zwanzig Leichen sind bisher aus den Trümmern des Havre-Paris-Schnellzuges gezogen, der in der Nähe von Ardores entgleiste. Alle Toten waren Franzosen. Unter den ungefähr 60 Verletzten überwogen die Franzosen. Viele Amerikaner, die in Havre auf dem Wege nach Paris waren, hatten diesen Zug nicht benutzt. Sie waren mit einem früheren Zug gefahren, um rechtzeitig für die Feier des Unabhängigkeitstages in Paris einzutreffen. Die andern verpaßten die Nacht ihr Haare. Eine durch ein heftiges Gewitter verursachte Geleise-Aussaschung soll zu der Entgleisung geführt haben.

Der von den Ueberschwemmungen in der Normandie und in der Gegend von Paris angerichtete Schaden wird auf zehn Millionen Francs geschätzt. In dem Dorfe Sarcelles, das bei Paris liegt, soll allein ein Schaden von einer Million Francs entstanden sein. Aus verschiedenen Provinzen wurden Todesfälle durch Blitzstrahl gemeldet, und unter den auf diese Weise ums Leben gekommenen Personen befinden sich ein 2 Jahre altes Mädchen, das in der Wiege lag. Die Kapelle auf dem städtischen Friedhofe in Rouen wurde durch einen Blitz, der auch in eine Kirche und die Leichenhalle einschlug, in Brand gesetzt.

Südtirol.

Gegen den deutschen Charakter Südtirols werden von seiten der italienischen Regierung neue schwere Schläge geführt, wie sich aus der von ihr veröffentlichten Liste der neuernannten Amtsbürgermeister ergibt: Für 205 deutsche Gemeinden unter 5000 Einwohner mit durchaus anfässiger deutscher Bevölkerung sind von der Regierung die bisher freigewählten deutschen Gemeindevorsteher entlassen, die Gemeindevorstehungen aufgelöst und dafür 83 sogenannte Amtsbürgermeister (Podesta) eingesetzt worden. Da schon gegenwärtig alle Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern Regierungskommissare als Gemeindeverwalter besitzen, ist die Gemeindeautonomie in Deutsch-Südtirol nun vollkommen vernichtet. Von diesen 83 Amtsbürgermeistern haben 10 einen deutschklingenden Namen, geborene Deutsche dürften jedoch nur 5—6 sein. Die Amtsbürgermeister stammen teils aus dem Trentino, teils aus den alten Provinzen Italiens, alles Männer, die von Land und Leuten keine Ahnung haben und nun vollkommen selbständig und unabhängig von der Bevölkerung die Gemeindeverwaltung führen sollen. Wie die von der Regierung subventionierte faschistische „Alpenzeitung" von Meran ausdrücklich zugibt, ist es Absicht der Regierung, durch die Einsetzung dieser Podesta die deutschen Gemeinden zu entnationalisieren und überall dem Faschismus zum Siege zu verhelfen. Während bisher die Gemeindevorsteher ihr Amt ohne oder nur mit geringer Entschädigung verwaltet haben, beziehen die neuen Amtsbürgermeister schwere Gehälter und verursachen den Gemeinden einschließlich den ebenfalls von der Regierung auf Kosten der Gemeinden angestellten italienischen Sekretäre derartige Auslagen, welche die kleinen Gebirgsgemeinden nicht erschwingen können.

Zu einem weiteren Entnationalisierungsschlage Deutschsüdtirols hat die Präfektur in Trient ausgeholt. Mit Zirkular vom 4. Mai 1926, No. 17752 Div. 1a, hat sie allen Gemeinden den Auftrag erteilt, daß an sie sämtliche in der Gemeinde vorkommenden Familiennamen bekannt zu geben waren. Dieses scheinbar belanglose Zirkular hat folgenden Zweck: Während bisher bereits die deutschen Ortsnamen zur Gänze verwelscht wurden und man die Bevölkerung zwingt, die deutschen Hofnamen entweder zu verwelschen oder von den Gehöften auszulöschen, wird nun mit den Vorbereitungen begonnen, auch die deutschen Familiennamen in einiger Zeit unvermutet zu italienisieren.

Bei der kürzlichen Beerdigung des Altbürgermeisters Dr. Julius Perathoner in Bozen ereignete sich eine schmachvolle Begebenheit. Auf Anordnung der italienischen Behörden mußten alle Kränzschleifen in den rotweißen Farben Südtirols vor Pildung des Leichenzuges entfernt werden. Auch wurde nicht geduldet, daß die irdische Hülle des Verstorbenen an der Seite seiner Gattin im Ehrengrab der Stadt Bozen beigesetzt werde, und vom Rathause durfte keine Trauerfahne wehen.

Rumänien.

Aus Silistria wird gemeldet, daß sich in den Wäldern des Departements Turotor zahlreiche bewaffnete, in russische und bulgarische Militäruniformen gekleidete Räuberbanden gezeigt haben. Da die Truppen vor kurzem aus der dortigen Gegend überufen wurden, ist die Dorfbevölkerung schutzlos. Eine große Anzahl dieser Banditen drang in die Dörfer Casambau, Silnora, Terejaumühle und Checeler-Matale ein, mißhandelte die Bevölkerung und beraubte sie ihres ganzen Hab und Gutes, der Nahrungsmittel, sowie des Nutzviehes.

Premier Avarescu meint, der Königin Marie für den Fall des Ablebens des Königs Ferdinand die Rechte einer Regentin zu sichern. Im allgemeinen scheint die Ansicht der patriotisch gesinnten Rumänen die zu sein, daß die Einsetzung von Prinz Carols vierjährigem Sohn Michael als Kronprinzen, mit Prinz Nikolaus, Carols jüngerem Bruder, und dem Oberrichter und Patriarchen von Rumänien als Regentschaft bis zur Großjährigkeit des Prinzen voll Gefahren und Ungewißheit sei. Dieses ist die von dem früheren Premier Bratianu vorgeschlagene Regentschaft. Der König erfreut sich der besten Gesundheit, aber diejenigen, welche die Ernennung der Königin Marie als Regentin befürworten, erklären, daß für die Zukunft vernunftige Anordnungen getroffen werden müssen. Der König ist 50 Jahre alt. Daß die Königin Marie einen großartigen Staatsleiter abgeben würde, wird überall angenommen. Sie würde, in ihrem Lande dann ungefähr dieselbe Stellung einnehmen, welche die Königin Viktoria, ihre Großmutter, in England bekleidete.

Ununterbrochener Regen der letzten Tage hat längs der Donau die Ueberschwemmung großer Gebiete tiefliegenden Landes verursacht. Die Stadt Galatz und benachbarte Orte sind überflutet worden. Auch aus dem Banat und aus Siebenbürgen werden Ueberschwemmungen gemeldet, die beträchtlichen Schaden angerichtet haben. Eisenbahn- und Telegraphenverkehr sind in weitem Umfang in Unordnung geraten. Für die Ernte wird das Schlimmste befürchtet.

Jugoslavien.

Die Donau und andere Flüsse steigen noch immer. Die Flutlage scheint trotzdem besser, denn die Bahnverbindung nach Nish ist wieder hergestellt. In der Gegend von Vranja erschlug der Blitz drei Personen.

Japan.

Durch starken Regenfall im westlichen Japan ertranken 20 Personen; 4500 Häuser sind zerstört.

Mexiko.

Steigende Flutgewässer drohen die Stadt Mexiko vollständig abzuschneiden. Man befürchtet Hungersnot oder Nahrungsknappheit, wenn nicht Proviant zum Ersatz der vernichteten Ernten eingeführt wird. Alle Bahngeleise in der Nähe der Hauptstadt wurden mit Wasser bedeckt. Ohne Besserung der Lage muß der Flugdienst zwischen hier und El Paso, Laredo und vielen andern Orten eingestellt werden.

Gefährlichkeit des Gaskrieges bestritten

„Die psychologischen Effekte von Gasangriffen verursachen eine unbeschreibliche Aufregung, die in gar keinem Verhältnis zu der wirklichen Gefahr steht," ist die Ansicht von Professor Fritz Haber, einem der bedeutendsten Fachkenner der Welt über chemische Kriegsführung.

Indem er die Benutzung von Gas bei zukünftigen Kriegen besprach, sagte Professor Haber, Mitglied der deutschen Abteilung der interparlamentarischen Union, „es sei phantastisch zu glauben, daß Gasangriffe das organische Leben einer ganzen Stadt vernichten könnte."

„Während des Krieges starben nur wenige durch Gas," sagte er. „Der entscheidende Faktor bei Gasangriffen war der Schrecken, der durch sie verbreitet wurde, und Flucht und Desertion im Gefolge hatte. Sobald der Geruchssinn angegriffen wird, verschwindet bei den meisten Leuten der Mut. Der Krieg gewöhnte uns an den Donner der Kanonen, aber das Gas war eine neue Empfindung, die den meisten fremd und unbekannt war.

„Versuche, welche in meinem Laboratorium die Mitarbeiter nur bewegen, die Fenster zu öffnen, riefen in Laien unbeschreibliche psychologische Wirkungen hervor. Es ist eine Einbildung zu glauben, daß durch Gasangriffe das organische Leben einer großen Stadt vernichtet werden könne."

Obgleich Professor Haber die Einstellung des Gaskrieges befürwortet, betrachtet er es für eine weit wichtigere Sache, den Krieg selber abzuschaffen, da durch die modernen Flugzeuge alle Leute im Hinterlande, einschließlich der Frauen und Kinder, den verderblichsten Angriffen ausgesetzt seien."

Polen als Deutschlands Schuldner

Durch die kürzlich erfolgte Entscheidung des ständigen internationalen Gerichts im Haag in Sachen des Stickstoffwerkes Chorzow und der Liquidation ist die Frage der polnischen Schulden gegen Deutschland ernst aufgeworfen worden. Das Stickstoffwerk in Chorzow stellt einen Wert von 100 bis 120 Millionen Goldmark dar. Falls Polen auf der Liquidation dieses Werkes besteht, wird die polnische Regierung diese Summe zu zahlen haben.

Zu dieser Summe kommen jetzt noch weit größere Posten, die die polnische Regierung wegen ungenügender Entschädigungen für Liquidation an Deutschland zu entrichten hat, und, zwar belaufen sich die Klagesummen, die vor dem gemischten Schiedsgericht zur Entscheidung gekommen sind, auf rund 300 Millionen Goldzloty, das sind 240 Millionen Goldmark. Dazu kommen weiter die Summen, die für die Entschädigung von rund 3000 verdrängten Anniedlern zu zahlen sind, und die Entschädigungen, die für die verdrängten Domänenpachter geleistet werden müssen. Endlich kommen noch dazu alle Entschädigungen für die widerrechtlich aus Polen vertriebenen Deutschen und für die widerrechtlichen polnischen Maßnahmen, die sich ebenfalls auf viele Millionen Mark beziffern.

Nach vorsichtigen Schätzungen unterrichteter Stellen beträgt die Gesamtschuld Polens an Deutschland weit mehr als eine halbe Milliarde Goldmark.

Die französische Marokko-Politik im 20. Jahrhundert.

Von E. Reiche, Wilmersdorf.

Das Marokko des 20. Jahrhunderts steht stark unter dem Einfluß der französischen Expansionspolitik. Das koloniale Bestreben Frankreichs richtete sich von jeher auf das für Frankreichs Schiffe leicht zu erreichende und für die Hegemonie auf dem Mittelmeer strategisch wichtige Nordafrika. Der Beginn der französischen Kolonialpolitik datiert schon bedeutend früher, als Marokko in den Vordergrund der europäischen Interessenpolitik getreten ist. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten die französischen Politiker das Volksinteresse von den inneren Angelegenheiten auf die äußeren abzulenken, und dies geschah durch eine aktive Kolonialpolitik. Zuerst wurde Algier besetzt. 50 Jahre später von Tunis Besitz ergriffen und schließlich das Hauptaugenmerk auf das Verbindungsstück zwischen Senegambien und Tunis, auf Marokko, gerichtet. Eine Unterstützung, wenn auch mehr indirekter Art, fand Frankreich damals in der Bismarck'schen Politik, dem ein agressives Vorgehen Frankreichs in Nordafrika für die Sicherung der Rheingrenze günstig erschien. Auf der 1880 in Madrid tagenden internationalen Marokkokonferenz ließen Frankreich und Deutschland gemeinsamen Protest gegen evtl. Absichten Englands auf Marokko laut werden und erreichten, daß das Land bei Wahrung der souveränen Rechte des Herrschers unter den Schutz aller europäischen Mächte gestellt wurde.

Nun begann eine französische Kolonialpolitik, die darauf ausging, binnen kürzester Zeit Marokko ganz in den Interessenkreis zu ziehen und das Land auszubeuten. Man versuchte Englands Afrika-Politik durch einen Uebergriff nach Aegypten zu durchkreuzen, erlitt jedoch vor Fashoda erheblich Schiffbruch und mußte sich schließlich im Vertrag zu Kairo, 1889, mit England dahin verständigen, daß man eine Linie, die ungefähr durch die Libische Wüste bestimmt war, als Grenze zwischen dem östlichen englischen und dem westlichen französischen Interessengebiet anerkannte. Diesem Afrika-Uebereinkommen schloß sich im nächsten Jahr auch Italien an, das für eine durch Frankreich ungehinderte Tripolis-Politik dem Nachbarn freies Spiel in Marokko gewährte. Deutschland wurde in diesen Verträgen, trotzdem seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Marokko sehr eng waren — es war 1890 zu einem Handelsvertrag zwischen beiden Ländern gekommen — überhaupt nicht berücksichtigt. Deutschland gab von seiner Unschlüssigkeit einen klaren Beweis, als es 1901 die englische Aufforderung, gemeinsam gegen das selbständig handelnde Frankreich vorzugehen, ablehnte. So brachte sich Deutschland in eine isolierte politische Lage und zwang Frankreich eine Politik einzunehmen, die die Grundlage für die spätere Allianz bilden sollte. Delcassé, der sich des Marokko-Problems annahm, sah die Gewähr für eine ungehinderte Marokko-Politik in einem Bündnis mit England, das 1904 in Form eines geheimen Abkommens zustande kam. Die Marokkofrage trat immer mehr in den Vordergrund des politischen Interesses, erregte die Gemüter in ganz Europa, besonders in Deutschland, das mit einem Schlage aus allen Konferenzen ausgeschaltet war und seine Interessen nicht beachtet sah, weil es durch seinen saumseligen Wankelmut den Augenblick der Tat verpaßt hatte. Dem englisch-französischen Abkommen, das Frankreichs Politik in Marokko, Englands in Aegypten sicherstellte, trat einige Monate später auch Spanien bei. Die deutschen Diplomaten versuchten das Ansehen ihres Landes dadurch wieder zur Geltung zu bringen, daß sie den Kaiser veranlaßten, im nächsten Jahr auf seiner Mittelmeerreise Marokko zu besuchen. Am 31. Mai 1905 lief die „Hamburg" in Tanger ein; der Kaiser gab seinen Sympathien dem Sultan gegenüber Ausdruck und machte dadurch England und Frankreich noch gereizter. Wenn auch den Kaiser weniger Schuld trifft als Bülow, der ihm trotz lebhaftem Widerspruch zu diesem Unternehmen veranlaßt hatte, so machte die ganze Aktion einen recht kläglichen und für Deutschland ungünstigen Eindruck. Diese schädliche Wirkung fand einen Ausdruck in dem Bündnis, das England Frankreich für den Kriegsfall ansagte, durch das sich England verpflichtete, wollte. 100,000 Mann in Holstein zu landen, wenn Deutschlands Haltung zur Marokko-Angelegenheit Anlaß zum Kriege geben würde. Einen Umschwung brachte die Ablehnung dieses Vorschlages durch den Ministerrat in Frankreich, der wohl die Zeit für einen Krieg noch nicht für geeignet hielt, weil der russische Verbündete eben erst von Japan aufs Haupt geschlagen war. Delcassé, der für das Zustandekommen des Bündnisses propagierte und auf den Krieg mit Deutschland hinarbeitete, mußte seinen Ministersessel für den friedlicher gestimmten Rouvier freimachen. So hatte sich noch einmal das Kriegsgewitter, das am europäischen Horizont aufgetaucht war, verzogen, ohne sich zu entladen.

Auf der Marokko-Konferenz zu Algeciras kam es dann, im nächsten Jahre, 1906, zu einer friedlichen Verständigung der Mächte. Allerdings schloß Deutschland — so wie es nach den Ereignissen der letzten Jahre zu erwarten war — wenig vorteilhaft ab; trotzdem mußte es zufrieden sein, daß wenigstens äußerlich der Schein der marokkanischen Integrität gewahrt blieb. Die inneren Vorgänge des Landes wurden nach den Bestimmungen der Algeciras-Akte durch französische und spanische Polizei überwacht; den wirtschaftlichen Ansprüchen Deutschlands kam man durch Anerkennung der internationalen Handelsfreiheit Marokkos zum Teil nach.

Von nun an begann die intensive Besitznahme Marokkos durch Frankreich, das sich wenig an die in Algeciras festgelegten Bedingungen hielt. Im März 1907 besetzte General Lyautheu Udschda, im nächsten Jahre nahm General d'Amade Casablanca ein. Im April 1911 wurde eine Strafexpedition nach Fez gesandt, die einige Anarchisten, die die Europäer angegriffen hatten, bestrafen und zur Ruhe zwingen sollte. Aus einem geringfügigen Anlaß machte man eine große politische Aktion, die mit der Einnahme von Fez ihr Ende nahm. Obwohl es inzwischen im Jahre 1909 zu einer kurzen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gekommen war, erhob Deutschland nach der Einnahme von Fez energischen Protest, schickte zur Bekräftigung seines Willensausdruckes den Kreuzer „Panther" nach Agadir, gab der Welt kund, daß es die durch Frankreich bedrohten Interessen der in Marokko ansässigen deutschen Geschäftshäuser zu schützen wisse, zog sich aber, als Englands Drohungen in der Welt ihren Widerhall fanden, mit dem Bemerken zurück, daß die marokkanische Aktion auf einem Irrtum beruht habe. So war auch diesmal das Vorgehen Deutschlands in Marokko nicht mehr als ein Versuch, die deutschen Interessen zu vertreten, und noch dazu ein kläglich gescheiterter. In dem kurz darauf abgeschlossenen Vertrag zwischen beiden Mächten mußte Deutschland alle Rechte an Marokko Frankreich überlassen und erhielt Entschädigungen in Aussicht gestellt, von denen es niemals Nutzen gehabt hat. Die von Frankreich gewahrte Verbindung zwischen Deutsch-Ost und Kamerun ist dann durch den Weltkrieg hinfällig geworden. Die „Penetration pacifique" nahm ihren mehr oder weniger ruhigen Verlauf. Schon ein Jahr später konnte man der Welt verkünden, daß Frankreich durch den Vertrag zu Fez in Form eines Protektorats von dem Sultanat Marokko Besitz ergriffen hatte.

Somit war Frankreichs nordafrikanisches Kolonialreich vollendet. Neben der großen wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung — Algier und Tunis stellten im Weltkrieg ein Truppenkontingent von 230,000 Mann dem Mutterland zur Verfügung — hat diese Politik auch ihre Nachteile gehabt. Spanien und Italien, die sich durch die französischen Maßnahmen in ihrer Mittelmeerstellung bedroht sahen, ließen von nun an kein Auge von den Vorgängen in Marokko. In Abd el Krim war dem französischen Heer ein Gegner erstanden, der ihm manche Schwierigkeiten bereitet hat. Immerhin ist es erstaunlich, daß der größte Militärstab Europas nicht imstande war, binnen kurzer Zeit einen Aufstand in seinen Kolonien niederzuwerfen. Für Frankreich bedeutete der Kampf gegen Abd el Krim ein Ringen um die Befestigung seiner kolonialen Existenz. Durch die Kapitulation des Rifführers ist nun zweifellos Frankreichs koloniale Stellung befestigt und sein Prestige gerettet, obwohl das nur unter den größten finanziellen und physischen Opfern geschehen konnte. Aber jetzt beginnen nun die diplomatischen Kämpfe von neuem in einer Form, durch die sie die der ersten beiden Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts an Schärfe übertreffen.

Frankreich hat noch mit den gleichen Gegnern wie damals in seiner Marokko-Politik zu rechnen. Italiens Realpolitik richtet sich auf Nordafrika und versucht, die Macht von Tunis aus zu erweitern. Spanien hat die gleichen Interessen wie Frankreich, die vertraglich festzulegen beide Mächte jetzt bestrebt sind. Dabei wird England auf der Hut sein, weil es an der Integrität Tangers interessiert ist. Mit Italien zusammen wird es einer eventuellen spanisch-französischen Marokko-Konferenz beiwohnen wollen; denn beide Mächte haben in den Nordafrika-Statuten die Verhältnisse in Marokko garantiert. Nur Deutschland hat bei einer Neuordnung nicht mitzureden, weil es sich nach dem Weltkrieg seiner marokkanischen Interessen begeben mußte.

Die französische Kolonialpolitik wird also — wenn sie so fortgesetzt werden soll, wie sie im vorigen Jahrhundert begonnen wurde — noch mit vielen diplomatischen und politischen Verwicklungen zu rechnen haben, die Europa noch oft in Aufregung und Bestürzung setzen werden.